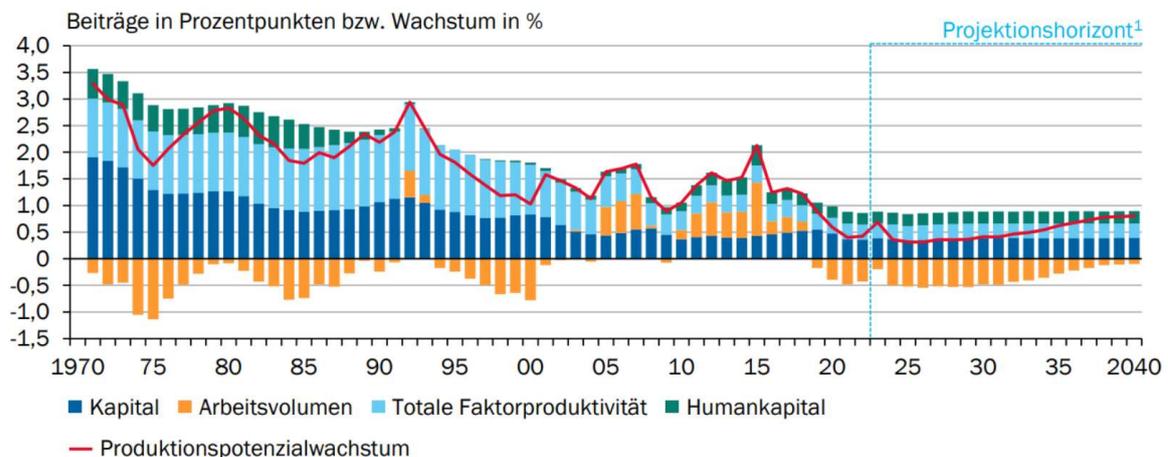


Neue Dynamik.

Impulse für mehr Wirtschaftswachstum

19. Februar 2024

Der Wirtschaftsstandort verliert an Stärke. Nach einer jahrzehntelangen Periode des Wachstums ist die deutsche Volkswirtschaft als einzige der hochentwickelten Volkswirtschaften im Jahr 2023 geschrumpft. Auch die längerfristigen Wachstumsaussichten haben sich eingetrübt. Für die kommenden zehn Jahre erwartet der Sachverständigenrat für Wirtschaft ein jährliches Potenzialwachstum von lediglich 0,4 %, das auch in der längeren Frist auf einem niedrigen Niveau verharren werde.



1 – Werte für die Jahre 2023 und 2024 basieren auf der Kurzfristprognose des Sachverständigenrates. Ab dem Jahr 2025 Projektion.

Quellen: IAB, OECD, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 23-403-01

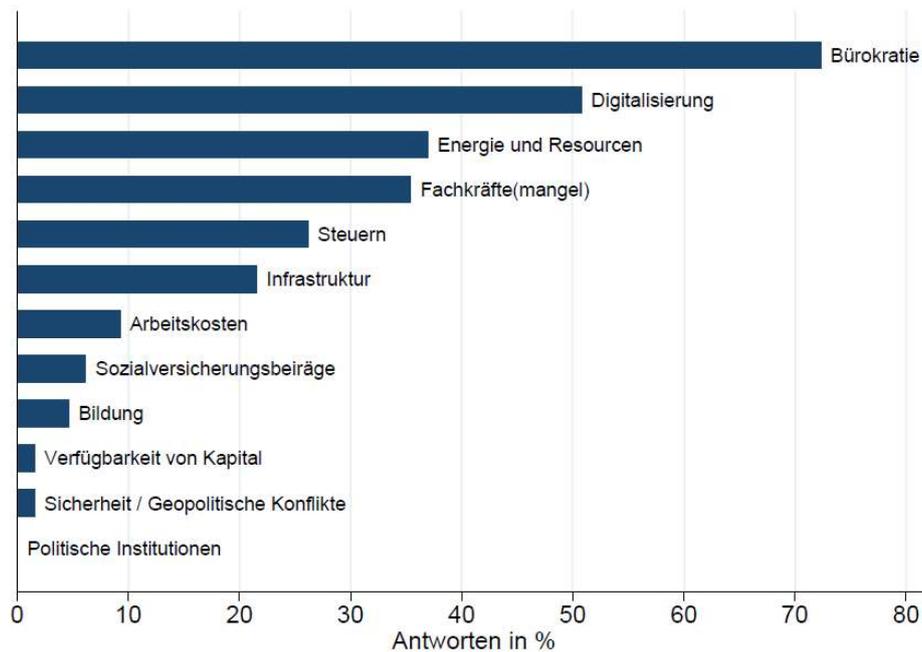
Quelle: SVR (2023)

Deutschland ist träge geworden und braucht ein strukturelles Update. Verwöhnt durch niedrige Zinsen, eine stets sichere und bezahlbare Energieversorgung, ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte aus dem In- und Ausland und relativ hohen Wachstumsraten hat es sich die Politik zu leicht gemacht und keine wirklichen Impulse für Wachstum und Fortschritt gesetzt. Die veränderten Rahmenbedingungen verlangen nun ein strukturelles Update.

Die Ursachen müssen korrigiert werden. Deutschland sieht sich einem beschleunigten demographischen Wandel, vernachlässigter Standortfaktoren, steigenden Energiepreisen und einem erschwerten globalen Export-Umfeld gegenüber. Hohe Abgaben- und Bürokratiebelastungen bei Unternehmen und Fachkräften und eine schleifende Dynamik bei der Digitalisierung machen sich dadurch noch stärker bemerkbar. Insbesondere die folgenden Ursachen müssen wirtschaftspolitisch adressiert werden:

Einflussfaktoren der heutigen Standortattraktivität - Deutschland

(a) Negative Einflussfaktoren



Quelle: Ifo-Institut (2024)

- **Hohe Abgabenbelastung von Unternehmen.** Die Belastung von Kapitalgesellschaften ist in Bezug auf die nominalen Steuersätze im internationalen Vergleich zu hoch: Im internationalen Vergleich gilt ein Steuersatz von etwa 25 Prozent als wettbewerbsfähig. Niedrigere Unternehmenssteuern sowohl für Kapital- als auch für Personengesellschaften würden für Unternehmen einen starken Anreiz setzen, in Deutschland zu investieren und Innovationen voranzutreiben. Damit würden die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung und damit auch die Wachstumsaussichten wieder steigen.
- **Belastende Bürokratie und schlechte Qualität der Verwaltungsverfahren.** Ein besonders negativer Standortfaktor ist die von den Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern als zunehmend belastend empfundene Bürokratie. Das zeigt auch das Mittelstandspanel 2023 des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM). Danach nehmen die befragten Mittelständler Bürokratie zudem vermehrt als unverhältnismäßig wahr: 78,2 Prozent der befragten Unternehmen kritisieren die Regulierungsdichte und 59,2 Prozent der befragten Unternehmen können die Sinnhaftigkeit vieler Vorschriften nicht nachvollziehen. Die Belastung der Wirtschaft durch Bürokratie schlägt sich auch in den Geschäftsergebnissen nieder. Bürokratie kostet Geld. Geld, das nicht mehr für Investitionen oder Forschung und Entwicklung zur Verfügung steht. Hier geht es nicht nur um überbordende Regulierung, sondern auch um eine schlechte Qualität der Verwaltungsverfahren. Auch hier hat Deutschland vor allem durch die seit Jahrzehnten verschleppte Digitalisierung Aufholbedarf.
- **Hohe Lohnstückkosten im internationalen Vergleich.** Die durchschnittlichen Lohnstückkosten (Arbeitskosten je Wertschöpfungseinheit) in Deutschland lagen im Jahr 2021 in

einem Vergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) mit 27 anderen Ländern im oberen Drittel. Die Lohnstückkosten sind ein wichtiger Standortfaktor, da er an internationale Unternehmen ein Signal zum Verhältnis von Arbeitskosten und Produktivität in einem Land gibt. Laut der IW-Studie haben sich die industriellen Lohnstückkosten zwischen 1999 und 2021 in Deutschland um gut vier Prozent erhöht.

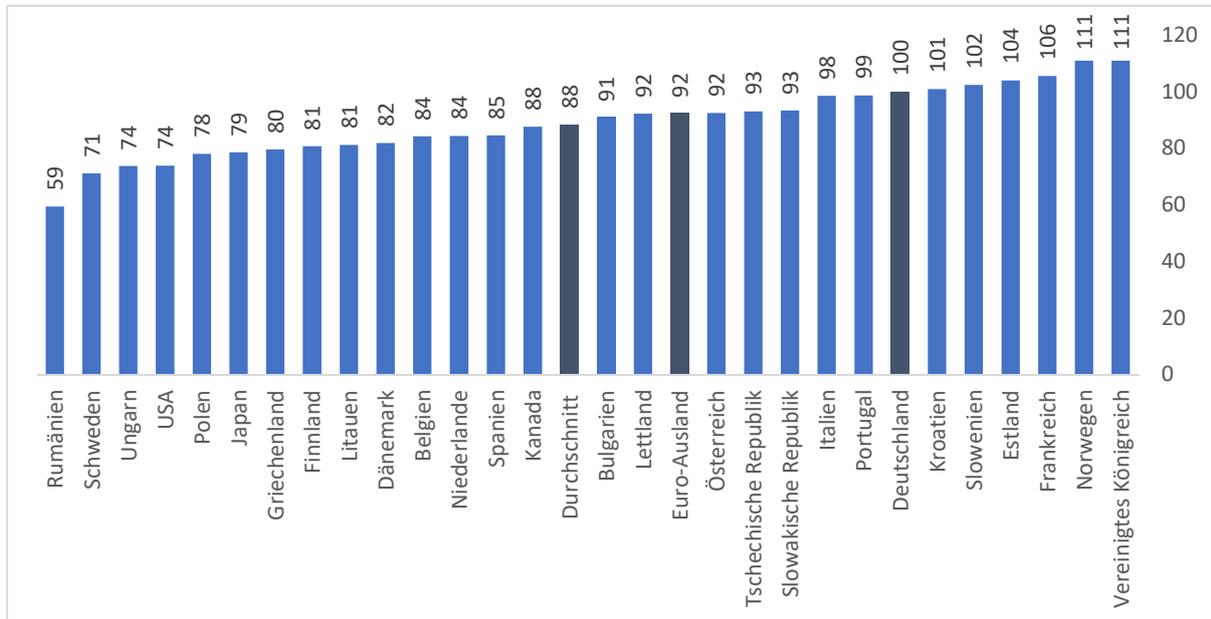


Abbildung 1 Lohnstückkostenniveau im internationalen Vergleich (Verarbeitendes Gewerbe im Jahr 2021, Deutschland = 100), Quelle: IW Köln mit Daten der Deutschen Bundesbank; Eurostat; nationale Quellen; OECD; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

- **Die demographische Entwicklung** setzt die Sozialsicherungssysteme zunehmend unter Druck und offenbart strukturelle Defizite in den Bereichen Rente, Gesundheit und Pflege. Um sinkende Arbeitsanreize und Potenzialverluste zu verhindern, braucht es ausgaben-senkende Strukturreformen in allen Zweigen der Sozialen Sicherungssysteme. Ansonsten steigen die Beitragsätze und somit auch der Abgabenteil.
- **Die Fachkräftesicherung in Deutschland** steht angesichts des sich beschleunigenden demografischen Wandels vor großen Herausforderungen. Viele Unternehmen bewerten in Umfragen des ifo Instituts fehlende Fachkräfte als Problem, und das trotz der konjunkturellen Schwäche im Land.
- **Hohe Energiepreise.** Mit 30 Prozent am Endenergieverbrauch ist Erdgas weiterhin der wichtigste Energieträger für die Industrie. Neben den höheren Energiepreislevels ist zunehmend auch die CO₂-Bepreisung ein signifikanter Kostenfaktor, der sich ohne entsprechende Ausgleichsmechanismen negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt. Hohe Strompreise sowohl auf der Erzeugungsseite als auch auf der Stromsystemseite erhöhen die Produktionskosten für de facto alle Unternehmen und stellen einen Standortnachteil dar.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht nach Jahren an der Weltspitze vor der Herausforderung, das eigene Geschäftsmodell auf die veränderten Rahmenbedingungen auszurichten.

Was ist also zu tun? Der deutsche Wirtschaftsstandort braucht eine neue Dynamik und Impulse, die eine echte Wirtschaftswende einläuten. Daran arbeiten wir. Derzeit werden konkrete Vorschläge vorbereitet, die in ein Reformprogramm einfließen werden. Um den Standort zu stärken, bedarf es einer **Senkung der Steuerlast** für Unternehmen wie für Bürgerinnen und Bürger. Das **Arbeitskräfte- und Fachkräfteangebot** muss gestärkt werden, bspw. durch bessere Erwerbsanreize beim Bürgergeld, mehr Flexibilität bei Arbeitszeit und Renteneintritt sowie stärkere Anreize für ausländische Fachkräfte. Durch ambitionierten **Bürokratieabbau** müssen neue Freiräume geschaffen werden; etwa indem Verwaltungsverfahren gekürzt werden und rechtliche Anforderungen vereinfacht werden. Der **deutsche Finanzstandort** muss attraktiver werden, um weltweit Kapital anzuziehen. Auch die Verfügbarkeit von Wagniskapital muss gestärkt werden. Die **Energiepreise** müssen wettbewerbsfähig werden; etwa indem Technologien wie Fracking oder CO₂-Speicherung erlaubt und Netzkosten gesenkt werden. Deutschland braucht eine ambitionierte **Freihandelsagenda** und weniger Bürokratie im Außenhandel. Wenn die Politik **Mut zu strukturellen Reformen** beweist, ist all dies möglich im Rahmen der Schuldenbremse.

Zu diesen allgemeinen Zielen werden derzeit konkrete Vorschläge für eine neue Dynamik erarbeitet, die unser Land voranbringen werden. Dazu wollen wir innerhalb der Koalition konstruktiv weiterkommen. In dem Ziel, das Land wirtschaftlich voranzubringen, ist sich die Koalition einig, auch wenn es Gesprächsbedarf über die richtigen Mittel gibt. Daher gilt es, nun Einigungs- und Handlungsbereitschaft unter Beweis zu stellen. So können wir es schaffen, unser Land im globalen Wettbewerb wieder an die Spitze zu führen.